Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9057**

17. Wahlperiode 21. 03. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/8895 –

Für eine moderne und umfassende Betreuungskommunikation im Einsatz

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Harald Koch, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/8795 –

Für eine kostenfreie und umfassende Betreuungskommunikation im Einsatz

c) zu dem Antrag der Abgeordneten Tom Koenigs, Agnes Malczak, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/5908 –

Internet-Telefonie in Afghanistan

A. Problem

Kommunikationsmedien sind von erheblicher Bedeutung für die Bewältigung der Belastungen, die für Bundeswehrangehörige und ihre Familien mit dem Einsatz verbunden sind. Über die Fürsorgepflicht des Dienstherrn hinaus ist eine funktionierende Kommunikation mit den Angehörigen auch entscheidend für die Motivation und Einsatzbereitschaft der Einsatzkontingente. Vor allem in der Internetkommunikation streben alle Fraktionen weitergehende Verbesserungen an.

B. Lösung

Während sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag zunächst darauf konzentrierte, kurzfristig allen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan die Internet-Telefonie zu ermöglichen, soll die Bun-

desregierung mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nun aufgefordert werden, die Unterkünfte der Bundeswehr in allen Einsatzgebieten so auszustatten, dass die Videotelefonie ermöglicht wird. Der Schutz der Privatsphäre der Soldatinnen und Soldaten soll bei der Videotelefonie in den Gemeinschaftsbereichen verbessert werden. Für die kostenfreie Nutzung des Internets in den Unterkünften sollen zeitnah ein Umsetzungskonzept und ein Finanzierungsvorschlag vorgelegt werden. Telefonate aus dem Einsatz nach Deutschland sollen ohne zeitliche Beschränkung kostenfrei möglich sein. Die Fraktion DIE LINKE. fordert darüber hinaus den ungehinderten Zugang zu Rundfunk-, Presse- und Onlineberichterstattung für die im Ausland eingesetzten Soldatinnen und Soldaten sowie zusätzliche Steckplätze für Laptops und fest installierte Rechner.

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/8895 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8795 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe c

Einvernehmliche Erledigterklärung des Antrags auf Drucksache 17/5908.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht konkret beziffert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 17/8895 anzunehmen;

b) den Antrag auf Drucksache 17/8795 abzulehnen;

c) den Antrag auf Drucksache 17/5908 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 21. März 2012

Der Verteidigungsausschuss

Dr. Susanne Kastner
Vorsitzende

Dr. Reinhard Brandl
Berichterstatter

Lars Klingbeil
Berichterstatter

Harald Koch
Berichterstatter

Christoph Schnurr
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Reinhard Brandl, Lars Klingbeil, Harald Koch, Christoph Schnurr und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5908** in seiner 111. Sitzung am 26. Mai 2011 beraten und zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Den Antrag auf **Drucksache 17/8895** sowie den Antrag auf **Drucksache 17/8795** hat der Deutsche Bundestag in seiner 165. Sitzung am 8. März 2012 beraten und zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss und den Haushaltsausschuss sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Alle Fraktionen stellen in den Anträgen fest, dass Kommunikation heute weit über die bisher genutzte Telefonie hinausgeht und sich zu einem großen Teil im Internet vollzieht. Während die Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die besondere Fürsorgepflicht des Bundestags für die Soldatinnen und Soldaten der Parlamentsarmee und ihre Angehörigen bekräftigen, stellt die Fraktion DIE LINKE. fest, dass die sofortige Beendigung aller Bundeswehrkriegseinsätze ein besserer Schutz wäre und im Übrigen die Anstrengungen zur Verbesserung der Betreuungskommunikation überflüssig mache.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 57. Sitzung am 21. März 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/5908 abzulehnen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner 69. Sitzung am 21. März 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei mehrheitlicher Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8895 anzunehmen. Außerdem hat er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Mehrheit der Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8795 abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 78. Sitzung am 21. März 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Mehrheit der Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8895 anzunehmen. Außerdem hat er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Mehrheit der Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8795 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 85. Sitzung am 21. März 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8895 anzunehmen. Außerdem hat er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8795 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 64. Sitzung am 21. März 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8895 anzunehmen. Außerdem hat er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8795 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat seine Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 17/5908 in seiner 105. Sitzung am 9. November 2011 aufgenommen. In seiner 113. Sitzung am 21. März 2012 hat er die Beratung unter Einbeziehung der Anträge auf Drucksachen 17/8895 und 17/8795 fortgesetzt und die Beratung der Anträge abgeschlossen. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 17/8895 anzunehmen. Weiterhin empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 17/8795 abzulehnen. Ferner empfiehlt er einvernehmlich, den Antrag auf Drucksache 17/5908 für erledigt zu erklären.

Im Verlauf der Ausschussberatung bekräftigte die **Fraktion der CDU/CSU**, die Verbesserung der Betreuungskommunikation, vor allem im Bereich der Internetverbindungen, sei für die Soldaten eines der drängendsten Themen, insbesondere in den Auslandseinsätzen. Während es früher um Feldpost und Telefonate gegangen sei, stehe heute im Vordergrund die Videotelefonie über Skype, die die Soldaten mit Blick auf die Privatsphäre vor allem auch in den Unterkünften nutzen wollten. Gerade in Afghanistan müsse dies besser werden, denn die regelmäßige Verbindung in die Heimat sei auch wichtig für die Motivation der Soldaten. Die technischen Möglichkeiten seien deshalb eine Chance für die Bundeswehr, die immer häufigeren Einsätze für die Betroffenen erträglicher zu machen und die Bereitschaft zu erhöhen, in den Einsatz zu gehen. Die Aufforderung an die Bundesregierung, diese Chance auch zu nutzen und die Kapazitäten vor Ort auszubauen, sei ein gemeinsames Anliegen aller Fraktionen und die Zusammenarbeit bei der Erarbeitung des fraktionsübergreifenden Antrags sei sehr gut gewesen. Nun müsse das Bundesministerium der Verteidigung sagen, wann über die auf dem Tisch liegenden Vorschläge entschieden werde und welche Kosten damit verbunden seien.

Die **Fraktion der SPD** schloss sich dem an und bestätigte, alle Mitglieder im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages wüssten um die Bedeutung des Themas in den Einsätzen. Es sei die Pflicht des Staates und derjenigen, die die Soldaten in die Einsätze schickten, eine entsprechende Betreuungskommunikation zu gewährleisten. Bei immer mehr Einsätzen, die auch länger als vier Monate dauerten, sei dies besonders wichtig. Zudem komme mit Blick auf das umfangreichere Angebot für Soldaten aus Partnernationen oder auch die in den Einsatzgebieten tätigen Polizeikräfte schnell ein Ungerechtigkeitsempfinden auf. Ein reiner Antrag der Fraktion der SPD wäre sicherlich in den Forderungen noch weiter gegangen. Allerdings sei der fraktionsübergreifende Antrag zum jetzigen Zeitpunkt wohl am besten geeignet, schnell konkrete Verbesserungen für die Betroffenen zu erreichen. Es sei deshalb auch zu begrüßen, dass die Fraktion DIE LINKE. ebenfalls an der Arbeitsgruppe teilgenommen und sich konstruktiv eingebracht habe, auch wenn man deren separat vorgelegten Antrag vor allem mit Blick auf dessen Rhetorik ablehne.

Die **Fraktion der FDP** begrüßte das von der Annahme des fraktionsübergreifenden Antrags ausgehende starke Signal an das Bundesministerium der Verteidigung und die Soldaten im Einsatz. Darin sei grundsätzlich festgelegt, wie sich der Deutsche Bundestag die Betreuungskommunikation in den Einsätzen vorstelle. Es gehe also nicht nur um die Lage in Afghanistan und auch nicht um das Angebot eines bestimmten Anbieters. Die fünf formulierten Forderungen und Prüfaufträge müsse das Bundesministerium nun zügig bearbeiten und auch klar sagen, wann das erweiterte Angebot genutzt werden könne. Bei einer vom Bundesministerium vorgelegten Übersicht über das Kommunikationsangebot für die Kräfte anderer ISAF-Nationen in Afghanistan habe man hingegen Zweifel an einigen Angaben bzw. zu einigen wichtigen Nationen fehlten die Angaben gänzlich, obwohl ein Vergleich hilfreich für die Verbesserung des eigenen Angebots sein könne. Außerdem stelle sich die Frage, wann das offenbar mehr als 20 Jahre alte Konzept zur Betreuung überarbeitet werden solle.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bekräftigte, die sofortige Beendigung aller Bundeswehrkriegseinsätze wäre eine bessere Lösung und mache im Übrigen die Anstrengungen zur Verbesserung der Betreuungskommunikation überflüssig. Gleichwohl sei es gut gewesen, dass man in der Arbeitsgruppe als gleichberechtigtes Mitglied an der Erarbeitung des fraktionsübergreifenden Antrags habe mitarbeiten können. Einige Hinweise der Fraktion DIE LINKE. seien auch berücksichtigt worden. Bedauerlich sei aber, dass viele Parlamentarier ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Bundesregierung und der Administration nicht stärker wahrnehmen und sich in den Forderungen bereits an deren Aussagen zur Machbarkeit orientierten. Andernfalls wäre mehr für die Truppe herauszuholen gewesen, und im Internet gebe es auch bereits entsprechend enttäuschte Beiträge von Soldaten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte, dass die eigene Initiative, die sich damit erledigt habe, auf offene Ohren gestoßen sei und zu der fraktionsübergreifenden Arbeit geführt habe, auch wenn ein gemeinsamer Antrag wirklich aller Fraktion wünschenswert gewesen wäre. Welche Möglichkeiten denkbar seien und was nicht zu realisieren sei, dürfe nicht von einem Anbieter definiert werden, zumal es bei dem aktuellen Anbieter wohl verschiedene Gründe für dessen Beauftragung gegeben habe. Ein Blick in die Stuben der Kameraden aus anderen Nationen, z. B. der US-Kräfte, zeige hingegen deutlich, was tatsächlich möglich sei. Im Übrigen seien einige Einschränkungen allein schon bei einem Blick auf das Angebot für die deutschen Polizeikräfte vor Ort schwer zu verstehen. Ebenso sei es nicht nachvollziehbar, warum das Nutzungsverhalten der Soldaten im Einsatz nicht bereits vor der Ausschreibung evaluiert worden sei.

Berlin, den 21. März 2012

Dr. Reinhard Brandl Berichterstatter	**Lars Klingbeil** Berichterstatter	**Harald Koch** Berichterstatter
Christoph Schnurr Berichterstatter	**Omid Nouripour** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333